

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. ^{As}edakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 14. April 1925

Der Bürgermeister von München in Wien. Am Ostermontag um fünf Uhr nachmittags landete auf dem Flugplatz in Aspern der Münchner Bürgermeister Dr. Kufner, der die Fahrt von München nach Wien mit einem neuen grossen Junker-Flugapparat zurückgelegt hatte. Namens der Gemeinde Wien begrüßte in Vertretung des Bürgermeisters Obermagistratsrat Jiresch den Gast in einer längerer Ansprache und entbot ihm den Willkommgruss der Stadt Wien. Bürgermeister Dr. Kufner dankte für den freundlichen Empfang, verwies auf die alten Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich und sprach die Hoffnung aus, dass die innigen Beziehungen der beiden Staaten und ihrer Städte zueinander sich immer mehr vertiefen mögen.

Eine Störung des Strassenbahnverkehrs. In der Unterstation Währing der städtischen Elektrizitätswerke versagte am Ostermontag um 13 Uhr 22 Minuten ein Umformer, wodurch das Stromgebiet Währing ausgeschaltet wurde. Das Gebrechen machte sich vor allem im Strassenbahnverkehr sehr unliebsam bemerkbar. Betroffen wurden die Linien F, 37, 38 und 41. Nach fünfundzwanzig Minuten war der Schade behoben und der Verkehr wickelte sich wieder klaglos ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verant. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 14. April 1925. Zweite Ausgabe

Die Lustbarkeitsabgabe der Volksoper. In der Volksoper wird schon seit dem Herbst 1924, einer Vereinbarung mit der Direktion, späterhin mit dem Ausgleichsverwalter entsprechend, die Lustbarkeitsabgabe täglich eingehoben. Es soll dadurch verhütet werden, dass der Rückstand, der ohnehin an verschiedenen Steuern rund siebenhundert Millionen Kronen ausmacht, weiter anwachse. Diese tägliche Einhebung wurde auch in allen diesen Monaten vollzogen. Bei Gageterminen hat die Direktion an die Gemeinde einigemal das Ersuchen gerichtet, ein paar Tage hindurch von dieser Einhebung abzusehen. Es wurde dafür eine Nachholung zugesagt und auch bis auf einen in Schwebel befindlichen Fall eingehalten. Gegenwärtig sind aus solchen vorübergehenden Zahlungsschwächen fünfunddreissig Millionen Kronen rückständig. Am Ostermontag versuchte ein Beamter des Magistrats die tägliche Gebühr ohne jede Einbeziehung des erwähnten Rückstandes von fünfunddreissig Millionen Kronen und ohne jede Rücksichtnahme auf den grossen Rückstand von siebenhundert Millionen Kronen, einzuheben. Das Vorgehen der Gemeinde hat also durchaus der mehrmonatlichen Gepflogenheit und den ausdrücklichen Vereinbarungen mit der Direktion entsprochen. Es war auch das Geld bereits vorbereitet und die Quittung schon vom Kassier unterschrieben. Der Vorfall spielte sich im Sekretariat und nicht etwa bei der Tageskassa oder einem sonst dem Publikum zugänglichen Raum ab. Die Abmachung, welche die Leitung der Volksoper vor der Wiedereröffnung am Ostersonntag mit dem Personal getroffen hatte, lautete gleichfalls dahin, dass von den gesamten Einnahmen die laufende Lustbarkeitsabgabe gekürzt wird und der verbleibende Rest dem Personal zukommt. Das Personal war also in voller Kenntnis dessen, dass die Gemeinde diese tägliche Einhebung vornehmen würde. Diese Tatsache wurde ausdrücklich dem zum Zweck der Einhebung erschienenen Beamten vom Direktor Stiedry bestätigt. Das Eingreifen des Personals stellt sich also als ein Bruch der mit der Direktion getroffenen Vereinbarung dar. Man geht in der Annahme nicht fehl, dass es sich um den Versuch handelt, noch im letzten Augenblick die Gemeindeverwaltung mit dem Zusammenbruch der Volksoper in Verbindung zu bringen und ihr die Verantwortung für die Sperre aufzubürden. Dem Vernehmen nach streben die Musiker die Sperre planmässig an, da sie bereits durch anderweitige Verträge gesichert sind. Ein Betriebsrat der Musiker machte sogar die Aeusserung, dass der Beamte den Musikern einen grossen Gefallen getan hätte, wenn er das Geld beschlagnahmt haben würde. So wären die Musiker das Odium losgeworden, dass sie die andern Arbeitsgruppen der Volksoper in Stich lassen und die ganze Last der Verantwortung würde der Gemeinde zugefallen sein. Der Exekutionsbeamte war indes so klug, den Musikern diesen Dienst nicht zu erweisen.

Das Wohnbauprogramm der Gemeinde im Jahre 1926. Im Wiener Stadtbauamt wird bereits eifrig an der Vorbereitung des Wohnhausbauprogrammes für das Jahr 1926 gearbeitet. Nach den Beschlüssen des Gemeinderates müssen auch im Jahre 1926 fünftausend neue Wohnungen von der Gemeinde gebaut werden. Nun ist ein Teil der Pläne für diese Wohnhausanlagen fertig und es dürfte noch im Herbst an vielen Baustellen mit der Arbeit begonnen werden. Der Gemeinderat hat daher auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Siegel einen Betrag von fünf Millionen Schilling für die Durchführung dieser Vorarbeiten bewilligt. Diese Ausgabe wird aus der Wohnbausteuer bedeckt.
